

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal erst. Beleggeb. Beleg-  
ungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro vierzeiliger Zeile 80 Pf.;  
für Werbungsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Beleg-  
ungsanzeigen 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 50.

Berlin, den 12. Dezember 1915.

31. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 50. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Auch die freiwilligen Extrabeiträge dürfen nicht vergessen werden. Wir appellieren erneut an die Opferwilligkeit der Mitglieder, durch Entnahme von Extramarke unsere Organisation, die während des Krieges große Opfer gebracht hat, wieder zu stärken.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Alle vollgeklebten Mitgliedsbücher sind zur Erneuerung an den Verbandsvorstand einzufenden. Vor Einfindung dieser Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind. Insbesondere ist darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Name vollständig ausgeschrieben sein soll.

Die Inhaber solcher Mitgliedsbücher eruchen wir, sofern sie ihrer Beitragspflicht bis einschließlich 52. Woche genügt haben, ihre Bücher an den örtlichen bzw. Gau- bzw. Ortsverwaltungen einzuliefern. Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

2. Die Fragebogen für die Tarifstatistik sind in der abgelaufenen Woche an alle diejenigen Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden, in deren Tätigkeitsgebiet Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kraft sind. Sollten wir dabei einen in Frage kommenden Ort übersehen haben, bitten wir um entsprechende Nachricht.

Die Fragebogen sind bis zum 15. Januar an uns zurückzuliefern.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Sie werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzufenden:

Nr. 23 914	ausgestellt für	Wilhelm Firmhaber
" 32 831	" "	" Helene Cader
" 34 542	" "	" Friedrich Schöbling
" 52 488	" "	" Elisabeth Zeitler
" 52 505	" "	" Margarete John
" 53 054	" "	" Karoline Ecktorff
" 53 852	" "	" Elsa Lentzner
" 63 862	" "	" Johann Raufsch
" 70 461	" "	" Hermann Dohm
" 71 231	" "	" Elsa Kemler
" 82 869	" "	" Elfa Krüger
" 83 213	" "	" Otto Schwerdt
" 84 341	" "	" Martha Kühn
" 98 705	" "	" Margarete Ebert
" 107 010	" "	" Auguste Wambach
" 119 246	" "	" Erna Nitschke
" 125 029	" "	" Hermann Sturm

4. Die Quittung über Weihnachtsunterstützung, soweit sie Mitgliedern durch die Post zugesandt wird, kann derart erfolgen, daß der Postschein hinten auf das Quittungsformular geklebt wird. Sofern die Bescheinigung der Post in ein Postbuch eingetragen ist, kann einer der Revisoren, nachdem er sich von dem Vorhandensein der Bescheinigung überzeugt hat, entsprechenden Vermerk auf das Quittungsformular machen und mit seinem Namen unterzeichnen.

Der Verbandsvorstand.

## Der Krieg und die Unternehmervverbände.

In zahllosen Zeitungsartikeln und Broschüren ist die Frage behandelt worden, welchen Einfluß der Krieg auf die Arbeiterorganisationen ausüben werde. Verhältnismäßig wenig aber war bisher davon die Rede, wie der Krieg auf die Grundstellung der Unternehmervverbände einwirken würde. Sehr willkommen ist daher eine Abhandlung, die unter dem Titel „Die Unternehmervorganisationen im Kriege“ im Septemberheft des Jafféschen „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ erschien und von der ein Sonderabdruck als Broschüre herausgegeben wurde.

Ueber die äußeren Einflüsse des Krieges auf die Unternehmervorganisationen erfährt man auch aus dieser sehr fleißig und vor allem objektiv bearbeiteten Uebersicht nicht viel. Die Organe der Arbeitgeberverbände haben es im Kriegsjahr noch weniger als sonst für notwendig gefunden, von ihren Geschäftsergebnissen etwas Wesentliches zu berichten. Dem 2. Sonderheft des „Reichsarbeitsblattes“ hat man entnehmen können, daß im Jahre 1914 vor Beginn des Krieges 3670 Arbeitgeberverbände gezählt wurden (gegen 3431 im Jahre 1913), von denen 121 (111) Reichs-, 509 (511) Landes- oder Bezirks- und 3040 (2809) Ortsverbände waren. Die Zahl der Mitglieder betrug 167 673 (145 207) mit 4 841 217 (4 641 316) beschäftigten Arbeitern. Wie sich diese Ziffern während des Krieges gestaltet haben, ist noch nicht bekannt. Naturgemäß sind sie keinen solch großen Veränderungen unterworfen wie die Ziffern der Arbeiterorganisationen.

Für die Unternehmervverbände bedeutet der Krieg eine Ruhepause. Mit ziemlich unverändertem Mitgliederstand, Vermögen und unveränderter Organisationsfähigkeit werden sie in die Zeit des Friedens eintreten, und schon dadurch wird sich, wie die Abhandlung darlegt, ihre Position gegenüber den Gewerkschaften automatisch verbessern. Während die Gewerkschaften genötigt sind, die verfügbaren Mittel ihren unterstützungsbedürftigen Mitgliedern und deren Angehörigen zuzuführen, stellen die Unternehmer an ihre Organisationen während des Krieges nur geringe finanzielle Anforderungen. Namentlich die Beiträge für die Streikentschädigungsgesellschaften werden bei dem nahezu vollständigen Ruhen der wirtschaftlichen Kämpfe nicht in Anspruch genommen. Nur der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat seine Streikentschädigungskasse in eine Kriegsunterstützungskasse umgewandelt. Die Beteiligung der Unternehmerverbände an den Vorarbeiten für die Sicherung der Beschäftigung von Kriegsinvaliden,

die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zwecks Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen, die soziale Fürsorge für die arbeitslos gewordenen oder zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter, die lüdenhaft genug ausfällt, ändert nichts am Charakter der Unternehmervverbände. Keinesfalls darf man in diesen Erscheinungen Anlässe zu einer Entwidlung erblicken, in welcher sich das Arbeitsverhältnis wieder in patriarchalischer Richtung ausbilden würde. Der Interessenswidereit zwischen Unternehmer und Arbeiter besteht nach wie vor.

Zum Vorteil gereicht es den Unternehmervverbänden, daß die Tendenzen zur Kartellierung durch die zahlreichen Organisationen für Kriegslieferungen verstärkt worden sind. Nahezu die ganze Industrie wird beherrscht durch Gesellschaften, die teilweise unter Mitwirkung behördlicher Stellen zustande kamen, weil diese bei Vergabung von Aufträgen lieber mit Organisationen als mit einzelnen Unternehmern arbeiten. Die so geschaffenen Vereinigungen entwickeln sich zu Verbänden, die die Funktionen von Arbeitgeberorganisationen ausüben und insbesondere Lohnforderungen der Arbeiter entgegenreten. Den Einfluß der in dieser Weise gestärkten Unternehmervverbände werden die Arbeiter zu spüren bekommen, wenn die große Preisrevolution, die der Krieg gebracht hat, ihre Folgewirkung auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter erstehen wird. Dann erwächst für die zurückflutende Arbeiterschaft die Aufgabe, die Lohnhöhe mit dem neuen Preisstand in Einklang zu bringen. Schon in der Kriegszeit sind die Unternehmervzeitungen ängstlich bei dem Gedanken, daß die Lohn-erhöhungen in den Heereslieferungsbetrieben von Dauer sein könnten. So wandte sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ gegen Lohn-erhöhungen in der Militäreffektenindustrie mit dem Erfolg, daß die Heeresverwaltung neugegründete Betriebe, die mit erhöhten Löhnen gelernte Arbeiter anzuziehen suchten, wegen unfaulteren Wettbewerbs von Lieferungen auszuschließen drohte. Der Kriegs-Verbands-Verbandsverband beschloß, daß mehr als 30 Proz. Zuschlag zu den Löhnen vor dem Krieg nicht bezahlt werden dürfe und stellte für Verstöße gegen diesen Beschluß Strafe und Ausschluß in Aussicht. Auch gegen Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft, von denen bisher noch recht wenig bekannt geworden ist, nahm die „Arbeitgeberzeitung“ Stellung, indem sie an die Behörden appellierte, eine solche „ungesunde“ Entwicklung zu hemmen und dafür Sorge zu tragen, „daß die Bäume der Lohn-erhöhung nicht in den Himmel wachsen“.

Die Schlussfolgerungen, die in der Abhandlung aus diesen Erscheinungen gezogen werden, decken sich mit der in der Arbeiterpresse oft ausgesprochenen Ueberzeugung, daß die Auseinandersetzung um die Verteilung des Produktionsertrages nach dem Kriege eine außerordentlich heftige sein wird. Das Kräfteverhältnis dürfte sich dann, heißt es weiter, wesentlich zunutzen der Arbeiter verschoben haben. Da die prinzipielle Haltung der Unternehmer gegenüber sozialpolitischen Fragen sich nicht geändert hat und auch während des Krieges eine Machtverschiebung an wichtigen Punkten stattfindet (Schwächung der Arbeiterverbände an Mitgliedern und Finanzkraft, Stärkung der Unternehmervverbände durch Erholung und Ausbau), kann der Ernst der Situation für die Arbeiterschaft nach dem Kriege nicht bezweifelt werden.

Zur Erhärtung dieser Auffassung verweist die Abhandlung auf die ablehnende Haltung der Unternehmerverbände in zwei Fragen, die während des Krieges an Bedeutung gewonnen haben: die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung. In bezug auf die sozialpolitische Entwicklung im allgemeinen wird in den führenden Unternehmerkreisen die gemüßvolle Ansicht erneut mit Eifer vertreten, die sozialpolitische Fürsorge verweiche das Volk und lähme seine Energie. Schon jetzt protestieren die Unternehmerorgane dagegen, daß aus dem Opfer irgendeines Standes oder einer Klasse im Kriege der Anspruch auf Berücksichtigung in der Gesetzgebung gefolgert werde. Die Unmöglichkeit, größere soziale Lasten zu tragen, wird wieder einmal unterstrichen. Mit größerer Schärfe noch als die „Arbeitgeberzeitung“ soll offenbar das in Hamburg neu erscheinende Organ „Recht und Arbeit“ diesen Standpunkt vertreten, das sich gegen „überstürzten Luxus und überspannte Bedürfnisse“ (natürlich der Arbeiter) wendet und von den sozialen Reformen sagt, sie hätten zur Sorglosigkeit geführt.

Um die Bahn freizuhalten zur rücksichtslosen Bekämpfung der Arbeiterinteressen wird der Krieg von der Unternehmepresse rein politisch statt wirtschaftlich zu erklären versucht. Die ökonomischen Interessen sind nur Material, nicht Ursache und Zielpunkt des Krieges. Mit der Einräumung, daß der Kampf um den Weltmarkt in diesem Krieg die erste Rolle spielt, würde ja auch die Belastung des Unternehmervorgangs mit Kriegsteuer und erhöhten Löhnen nur erleichtert. Die Unternehmepresse redet daher von der „Zurückgewinnung des inneren Deutschland“, des „deutschen Geistes“, durch den Krieg. Wie den wirtschaftlichen, so soll auch den politischen Ansprüchen der Arbeiter damit vorgebeugt werden. Die „Arbeitgeberzeitung“ gewinnt „aus der ersten Schule des Krieges die stärksten Argumente gegen weitere Demokratisierung unseres Staatswesens“. Genug mit diesen Stichproben.

Das Bild, das der Aufsatz in Jaffes Archiv entwirft, übertrifft uns nicht. Wir wissen, daß der Krieg die Interessengegensätze nicht beseitigt. Die dialektischen Kräfte der vordem genannten Unternehmepresse beharren uns nur in dieser Auffassung. Die Arbeiter wissen aber auch, und mancherlei Vorgänge hinter der Front während des Krieges haben sie in dieser Ueberzeugung bestärkt, daß sie ihre Zukunftshoffnungen nur auf ihre eigene Kraft, auf die Kraft ihrer Organisationen stützen können. Und die Läden, die der Krieg in ihre Organisationen gerissen hat, werden bald wieder ausgefüllt sein zu geschlossener Kampffront, zur Vertretung der Arbeiterinteressen auf allen Gebieten.

### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Die jüngste Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände war auf die Zeit vom 18. November zusammenberufen worden, weil in diese Tage das fünfundsanzwanzigjährige Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und das fünfundsanzwanzigjährige Arbeitsjubiläum ihres Vorsitzenden Carl Regien fiel. In Friedenszeiten wäre dieses Jubiläum vielleicht mit einem Gewerkschaftsfest verbunden und durch eine gewaltige Kundgebung begangen worden. Der Krieg, in dem sich unser Volk befindet, erlegt uns hier, wie in so manchen Beziehungen, die größte Zurückhaltung auf. So wurde das Doppeljubiläum nur durch eine kleine, aber würdige Feier im Kreise der Vorstandsvorstände und einiger engerbestuhter Gäste begangen. Das Hoher und der Sitzungssaal des Gewerkschaftshauses waren aus Anlaß dieser Feier festlich geschmückt und der Vorsitzende, Genosse Regien, gedachte bei der Eröffnung der Konferenz in einer martigen Rede dieses Ereignisses und der glänzenden Entwicklung der Gewerkschaften seit 25 Jahren.

Der Bericht der Generalkommission konnte angelehnt der täglich anwachsenden Kriegs- fürsorge-Arbeit weder erschöpfend noch in schriftlicher Form gegeben werden. Regien und Bauer berichteten mündlich über den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiten auf den Gebieten der Arbeitslosen-, Arbeitsvermittlung- und Familienunterstützungsfrage, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die Besammlungs- und Bekleidungs- und über die Berücksichtigungen der im Gewerkschaftsinteresse nachgesuchten Zurückstellungen vom Heeresdienst,

während Genosse R. Schmidt das überweite Gebiet der Lebensmittelfürsorge und seine jüngste bundesrätliche und gemeindliche Regelung beleuchtete. Er wies darauf hin, daß die Bundesratsverordnungen den Gemeinden weitgehende Vollmachten erteilen, und daß namentlich von den Gemeinden ein energisches Zutreten erwartet werden müsse. Die in den Gemeinden tätigen Arbeitervertreter dürften nichts unversucht lassen, auf eine kommunale Regelung von Höchstpreisen, Heranschaffung der benötigten Lebensmittel und deren geeignete Verteilung hinzuwirken. In den anschließenden Erörterungen wurde hervorgehoben, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit an der Gestaltung der Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtig sei, daß die Generalkommission nach Bedarf selbst eine weitere Arbeitskraft dafür einstellen solle. Die Konferenz stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann hielt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Genosse Schumann, ein informatives Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, ausgehend von den im bayerischen Landtage stattgefundenen Erörterungen bezüglich des Kleeberges der Eisenbahnangehörigen und -arbeiter, der die Zugehörigkeit zu gewissen gewerkschaftlichen Organisationen verbietet. Die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen soll nach der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten einer Konferenz der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Ebenfalls informativ war ein Vortrag des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, Genossen Rob. Schmidt, über die Gestaltung der künftigen Handelsverträge. An der Hand eines überreichen Materials legte der Redner die bisherigen vertraglichen und tariflichen Handelsbeziehungen Deutschlands mit anderen Staaten dar, schilderte die Einwirkungen der Kriegslage auf dieselben und deutete die Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriegesabscluß im Hinblick auf die sich vorbereitenden neuen Nachtgegruppierungen an. Eingehend würdigte er die Interessen der Gewerkschaften an dieser Entwicklung, sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten, und empfahl den Gewerkschaftsvorständen, diesen Fragen rechtzeitig ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, damit die Gewerkschaften bei der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen auch ihren Einfluß in die Waagschale der Entscheidung werfen können. In einer ausgebreiteten Debatte wurde diese Frage sowohl vom allgemein gewerkschaftlichen Standpunkte als auch unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Berufsinteressen beleuchtet und eine Reihe von nützlichen Anregungen gegeben. Den Vorständen wurde nahegelegt, aus ihren Berufskreisen Materialien zu diesen Aufgaben zu sammeln und der Sozialpolitischen Abteilung zu übermitteln. Der Vortrag des Genossen Rob. Schmidt soll den Vorständen für den Kreis ihrer Organisationsleiter im Druck zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Krieg ist zahlreichen Arbeitersekretariaten die finanzielle Grundlage erheblich beraubt worden, so daß die Generalkommission vielfach mit ihren Mitteln helfend eingreifen mußte. Da auch die Mittel der Generalkommission infolge der Verminderung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwieweit die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch fernerhin diese Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, daß Beitragserhöhungen zu vermeiden seien, und daß die Generalkommission sich bei solchen Unterführungen der größten Sparsamkeit und strengsten Vorprüfung der Notwendigkeit von Unterführungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Beihilfen bestreuen müsse.

Die Aufrechnung der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung auf das Krankengeld seitens mancher Krankenkassen veranlaßte die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig anerkannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von statutarischen Fassungen über die Gewährung von Krankenunterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und ihnen anheimgegeben, bei künftigen Satzungsänderungen eine dieser Fassungen zu berücksichtigen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Uebertritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Ueberweisungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme folgender Sätze erweitert:

„Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht zuständigen Betriebe arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Regelung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen.“

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die betriebsfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber anhalten.

Der Beschluß vom 17. August 1914 betreffend die Uebertritte wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschluß hat eine Verständigung unter den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zur Voraussetzung. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Uebertritt maßgebenden Gründe verpflichtet.“

Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurden noch eine Reihe von Einzelfragen, wie der Vertrieb der von der Generalkommission aus Anlaß ihres fünfundsanzwanzigjährigen Jubiläums herausgegebenen Erinnerungsschrift durch die Gewerkschaften, die Wiedereinstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kriegstatistik der Gewerkschaften erledigt.

### Vereinsrecht.

Hierüber schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“ der bekannte Rechtsanwalt Hugo Heinemann:

„Der Reichstag hat in seiner Augusttagung über die vorzunehmende Vereinsgesetzreform beraten. Die von ihm eingesetzte Kommission schlug vor, den sogenannten Sprachenparagrafen zu streichen und die im Reichsvereinsgesetz bestimmte Altersgrenze von 18 Jahren für die Teilnahme an politischen Vereinen und öffentlichen politischen Versammlungen zu beseitigen. Vor allem aber wurde dem dringenden, berechtigten Wünschen der Gewerkschaften auf Sicherung ihrer Rechtmäßigkeit im Rahmen des Reichsvereinsgesetzes Rechnung getragen. Ich verweise hierzu auf meinen Artikel: „Die Gewerkschaften und das Vereinsrecht“, in diesem Band der „Sozialistischen Monatshefte“, S. 600 ff. Fortan sollen als politisch nur solche Vereine gelten, die begreifen, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Der Bestimmung soll fernerhin hinzugefügt werden: „Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern.“ Dieser Vorschlag, der die Gewerkschaften vor der Gefahr, zu politischen Vereinen erklärt zu werden und damit den jugendlichen Nachwuchs zu verlieren, voll sicher, wird zweifellos zum Gesetz erhoben werden. Denn der Vertreter der Reichsregierung gab zu diesem Punkt die folgende Erklärung ab: „Die im Reichstag ausgesprochenen Wünsche für die Rechtmäßigkeit der Gewerkschaften im Rahmen des Vereinsgesetzes erheben nur die Sicherung eines Rechtszustandes, den die gesetzgebenden Faktoren schon bei Erlass des Gesetzes im Auge gehabt haben. Die Reichsleitung hat stets, schon bei der Beratung des Gesetzesentwurfs, den Standpunkt vertreten, daß ein Berufsverein, der sich in den Grenzen der ihm durch § 152 der Gewerbeordnung gestellten Aufgaben hält, kein politischer Verein ist. Dieser Auffassung hat nach kürzlich der Stellvertreter des Reichszanzlers Ausdruck gegeben, mit dem Hinzufügen, daß Berufsvereine wohl auch dann nicht als politische Vereine anzusehen sind, wenn sie sich bei etwaigen politischen Erörterungen auf die gewerberechtlichen Angelegenheiten beschränken, die mit ihrem Geschäftsbereich nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Mit dieser Stellungnahme hat sich, wie zugegeben ist, die Praxis der Verwaltungsbehörden und die Rechtsprechung nicht immer im Einklang befunden. Die Reichsleitung ist deshalb bereits in eine Prüfung der Frage eingetreten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein werden, um den Gewerkschaften entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, auf dem Gebiet des Vereinswesens, die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern, zumal die Gewerkschaften sich vom Beginn des Krieges an in unermesslicher und aufopfernder Weise in den Dienst der Aufgaben gestellt haben, die das Wohl des Vaterlandes, seine äußere und innere Wehrhaftmachung erheischt. Wann dem Reichstag eine entsprechende Vorlage gemacht werden kann, läßt sich indessen zurzeit noch nicht übersehen.“

Worte wie diese sind bisher vom Regierungssitz im Reichstag nicht gehört worden. Sie bedeuten eine Errungenschaft der Kriegszeit, die von niemandem wegdiskutiert werden kann, und die nach

dem Krieg zu einem bedeutenden Fortschritt für die Arbeiterklasse führen muß.

Der Reichstag selbst ist dann den Beschlüssen seiner Kommission beigetreten. Die die Gewerkschaften betreffende Abänderung des Gesetzes wurde von dem ganzen Haus, mit Ausnahme der Konservativen, angenommen und der Begriff des politischen Vereins in wörtlicher Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Kommission bestimmt. Wegen der Streichung des § 17, die den Jugendlichen das politische Vereins- und Versammlungsleben vollständig öffnet, stimmten auch die Nationalliberalen und die Volksparteiler. Die Beseitigung des Sprachenparagrafen wurde gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen beschlossen. Bei der Gesamtabstimmung wurden sämtliche Vorschläge der Kommission gegen die Stimmen der Konservativen, Reichsparteiler und Nationalliberalen angenommen. Die Regierung erklärte sich bedingungslos bereit, die Gewerkschaften aus den politischen Vereinen herauszunehmen und stellte die Einbringung einer Vorlage, die dies bestimmt, in Aussicht. Gegenüber den übrigen Vorberungen verhielt sie sich abwartend, mit der Begründung, daß diese Punkte zu der großen Gruppe derjenigen Postulate gehören, die nicht einzeln erledigt werden können, sondern erst nach dem Krieg bei der Neuorientierung unserer inneren Politik in Angriff zu nehmen seien. Es wurde auch ausgeführt, daß die größere Bewegungsfreiheit auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungslebens während des Krieges doch nur akademischen Wert habe und, solange der Belagerungszustand besteht, nicht ausgenutzt werden könne. In der konservativen Presse wurde auch noch betont, daß es grundsätzlich bedenklich sei, die innerpolitische Neuorientierung ohne die Rechte und gegen deren Willen vorzunehmen, zu einer Zeit, in der diese verhängnisvoll sei, mit Rücksicht auf die Kriegsinteressen und das daraus hervorgegangene Uebereinkommen des Burgfriedens, ihre Einwendungen rückhaltlos auszusprechen. Ist nach dieser Stellungnahme der rechtsstehenden Parteien und der Regierung auch nicht zu erwarten, daß die Veränderung des Vereinsgesetzes in dem vollen, von der Reichstagskommission geforderten Umfang schon jetzt Gesetz wird, so sollte die Regierung keinesfalls damit zögern, dem Reichstag sofort bei seinem nächsten Zusammentreten einen Gesetzesentwurf vorzutragen, der den Gewerkschaften die volle Bewegungsfreiheit sichert. Daß dies geschieht, darf erreichlicher Weise auch auf Grund der Erklärungen des Staatssekretärs erwartet werden. Eine solche Tat wird einen starken moralischen Eindruck machen.

Andererseits sollte man ohne weiteres annehmen dürfen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen unverzüglich von dem Vereinstätigenrecht den weitgehendsten Gebrauch machen und nicht ihren Gewerkschaften den Rücken kehren.

### Eine gefährliche Theorie.

Schon in unserer „Wochenschau“ in letzter Nummer betonten wir die Gefährlichkeit der kautskischen Theorie, wonach die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Gegensatz zu deren Mehrheit auf der Reichstagstribüne ihre Meinungen zum Ausdruck bringen sollte. Dieser Vorschlag ist ein so ungeheuerlicher, ein so allen parlamentarischen Gepflogenheiten ins Gesicht schlagender, ein so nicht nur die Parteidisziplin, sondern jegliche Disziplin untergrabender, daß er nur von einem Manne gemacht werden kann, dem im abgeschlossenen Stübzimmer jegliche Kenntnis der Wirklichkeit abhanden gekommen ist, wenn er, was man doch annehmen muß, und was er behauptet, der Partei und den Arbeitern einen Dienst dadurch zu erweisen glaubt, ja „die Existenz der Partei“ davon abhängig macht. Vor etwas mehr als Jahresfrist dachte Kautsky darüber noch ganz anders, da schrieb er, in derselben „Neuen Zeit“, und zwar in Nr. 10 vom 21. August 1914:

„Wir begreifen es wohl, wenn manchem dieser oder jener Schritt unserer Partei falsch erscheint, aber noch weit falscher, geradezu verhängnisvoll wäre es, aus irgendeiner Meinungsverschiedenheit jetzt einen inneren Zwiespalt zu entfesseln. Auch in dieser Beziehung hat die Waffe der Kritik jetzt zu schweigen. Disziplin ist im Kriege nicht nur für die Armeen, sondern auch für die Partei das erste Erfordernis. Hinter ihrer Praxis müssen wir alle einmütiger, geschlossener stehen als je. Nicht Kritik, sondern Vertrauen ist jetzt die wichtigste Bedingung unseres Erfolges.“

Solche Kopfsprünge kautskischer Inkonsequenz sind übrigens durchaus nichts Seltenes, ja, sie sind eigentlich ruhende Pole in der Erscheinungsfucht kautskischer Theorien. Für uns Gewerkschafter ist die kautskische Theorie der Parteipaltung zum Rettung der proletarischen Interessen völlig unannehmbar und man könnte sie mit mittelbarem

Lächeln abtun, wenn — und das ist eben das gefährliche — wenn sie nicht von dem Leiter der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie in eben dieser Zeitschrift vortragen würde. Deshalb fertigt auch das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ unter obigem Titel und nach Heterisierung der kautskischen Theorie diese mit angebrachter Schärfe wie folgt ab, dem sogar die radikale „Bremer Bürger-Zeitung“ zustimmt:

Das war also der Zweck der Uebung, der langatmigen theoretischen Untersuchungen gewesen, die wir in einiger Kürze wiedergeben, — zu beweisen, daß die freie Uebersetzung über der Parteidisziplin, die Minderheit über der Mehrheit steht, daß die freie Meinungsäußerung der Minderheit selbst vor der Tribüne des Reichstags nicht halt zu machen hat, die Aktion also sich der Ausprägung von Meinungsverschiedenheiten zu unterordnen hat. Wir müssen schon gestehen, daß es uns erstaunlich erscheint, selbst theoretischen Scharfsinn aufgewendet zu haben, um zu einem solchen absurden Schlusse zu kommen. Ist die Theorie wirklich bloß dazu da, alles, was man gerade braucht, haarig zu beweisen, dann hat Kautsky seinen Berufungsnachweis als Theoretiker erbracht, — nur nicht als Theoretiker der Sozialdemokratie, die bisher gewöhnt war, die Parteidisziplin ernst zu nehmen und die Parteieinheit auf wirtlichen demokratischen Grundsätzen aufzubauen. Ohne Disziplin, ohne Einheitslichkeit in der Verteilung nach außen hin, also in der Aktion, geht die Sozialdemokratie zugrunde, und nicht bloß die Partei, sondern die kautskische Theorie würde in ungleich gefährlicherer Weise auf die Gewerkschaftsbewegung zurückwirken, die in noch weit höherem Maße bei ihren Aktionen der unbedingten Disziplin aller Mitglieder bedarf.

Wohin würden die Gewerkschaften kommen, wenn es einer Minderheit gestattet sein könnte, ihre „freie Uebersetzung“ durchaus, wenn auch nur während des Krieges, in der Aktion zu betätigen, weil sie sich angeblich beengt fühle, es in Wort oder Schrift in der üblichen Auseinandersetzung zu tun? Durch solche Betätigung würde die Einheit nicht geteilt, sondern zugrunde gerichtet. Die freie Uebersetzung des einzelnen in allen Ehren, auch die kleinerer oder größerer Gruppen, — in der Organisation aber müssen die Gesetze der Mehrheit befolgt werden und in der Aktion zum Ausdruck kommen, da muß der einzelne sich unterordnen und die Beschlüsse der Organisation ausführen helfen, wenn es auch nicht immer nach seiner persönlichen Meinung ging. Die Hervordrängung des Rechts auf die freie Uebersetzung wirkt da wie eine Vergötterung des eigenen lieben Ich, — sie wirkt zersetzend und führt zu anarchischen Zuständen. Der Lübecker Parteitag 1901 beschloß, daß der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen und strenge Disziplin in der Aktion, sowie die Respektierung der Mehrheitsbeschlüsse durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie verlange. Die deutschen Parteioorganisationen seien berechtigt, solche Mitglieder auszuschließen, die der Aktion der Partei oder ihrer Berufsorganisation durch Taten entgegenwirken oder Sonderbündelei zur Führung ihrer Gegenaktion betreiben. Das ist geltendes Parteirecht, und es muß im höchsten Grade beztremend wirken, daß das wissenschaftliche Organ der Partei unter großem theoretischen Aufgebot den Beweis zu führen sucht, wie notwendig und berechtigt es sei, sich über Parteitagebeschlüsse hinwegzusetzen. Jener Parteitagebeschluss war auch zugleich im Interesse der Gewerkschaften gefaßt, und auf Grund des Lübecker Beschlusses wurde später auch der Lokalistenkongress. Anarchoidividualistenstreit erledigt. Die Negation jenes Beschlusses berührt daher auch die Gewerkschaften, ganz abgesehen davon, daß diese ein Lebensinteresse an der Erhaltung der Einheit der Partei haben und daß ihnen die Mannheimer Resolution ein wichtiges Einspruchsrecht bei allen Fragen, die ein gemeinsames Interesse von Partei und Gewerkschaften berühren, zugesichert hat. Die Haltung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung mitten im Kriege berührt aber nicht minder das Lebensinteresse der Gewerkschaften und gibt den letzteren somit das Recht, hierüber eine gemeinsame Verständigung der Zentralkörperschaften beider Organisationen zu verlangen.

Bei den kautskischen Ausführungen vermissen wir zunächst den Nachweis, daß es der Minderheit tatsächlich während des Krieges unmöglich gemacht sei, ihre Meinung vor den Genossen zum Ausdruck zu bringen. Die Minderheit der Fraktion hat das Zentralorgan und das wissenschaftliche Organ der Partei sowie eine Reihe von Parteioorganen in ihren Händen. In den parteigenösslichen Vereinen und Zahlhabenden hat sie nahezu un-

beschränkt ihren Standpunkt vertreten können. Auch in der Presse kommt ihre abweichende Meinung deutlich zum Ausdruck. Wenn das nicht mit solchen Gründen versehen kann, wie vielleicht manche, die für Ablehnung der Kriegskredite eintreten, wünschen, so ist doch auch die Mehrheit in ihrer Meinungsäußerung ebensowenig unbeschränkt. Man muß auf beiden Seiten mit den durch den Krieg auferlegten Schranken der Auseinandersetzung rechnen. Das geht uns in wirtschaftlichen Kämpfen tagtäglich so, ohne daß es angebracht wäre, darüber blutige Tränen zu vergießen. Auch dient die Reichstagstribüne der Mehrheit lediglich zur Darlegung ihrer Beschlüsse und zur Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges, nicht aber zu Polemiken gegen die Minderheit; um so weniger kann der Minderheit das Recht eingeräumt werden, ihren Gegensatz gerade auf der Reichstagstribüne auszusetzen. Das würde nicht zur Rettung der Parteieinheit, sondern zur Parteizersplitterung führen. Was Kautsky als einziges Mittel vorschlägt, der auseinanderstrebenden Elemente Herr zu werden, das ist im Gegenteil eine Doktor-Eigenart-Stur, die direkt zur Spaltung führt.

In dieser Konsequenz gewinnen Kautskys langatmige Untersuchungen über die Entstehung neuer Parteien aus alten, über die Rechte des Individuums und der freien Uebersetzung, über die zur Bildung junger Parteien notwendige „überwältigende Persönlichkeit“ und über mehr Begeisterung als politischer Reife der Anhänger eine etwas eigenartige Bedeutung. Man mag sich damit abfinden, in solchen Ausführungen die unüberdaulichen Ueberbleibsel eines geistigen Verdauungsprozesses zu erblicken und sich höchstens erkunnen fragen, ob gerade Kautsky berufen ist, über Unterbindung der geistigen Meinungsfreiheit zu klagen. Daß aber das wissenschaftliche Organ der Partei mit dem Gedanken der Parteizersplitterung so gleichsam spielen kann, zeigt uns auch, wie gering die Stärke ist, die die Parteieinheit in ihrem angelebtesten Organ besitzt.

Und schon hat es mit dem bloßen Spielen des Spaltungsgebanten sein Weenden nicht mehr. In Nr. 271 der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht Ernst Meher einen „Aufgaben des Tages“ bezeichneten Artikel, der eine möglichst große Zahl derjenigen, die mit der Fraktionsmehrheit nicht übereinstimmen, auffordert, sich auf ein gemeinsames selbständiges Vorgehen zu einigen. Wer ist nun eigentlich jener Ernst Meher? Es ist ein junger Genosse von 28 Jahren in Berlin, der vor einigen Jahren in die Redaktion des „Vorwärts“ berufen wurde und der sich nunmehr für außersehen hält, die Fäden in das Parteigebeude zu schleudern. Augenscheinlich hat man diesen jungen Mann, der nicht einmal Parlamentarier ist, dazu ertoren, die Verantwortung für das an die Minderheit der Reichstagsfraktion gerichtete Pronunziamento zu übernehmen, und das Leipziger Blatt, das auch „Das Gebot der Stunde“ im Juni zum Vorschein brachte, mußte seine Spalten zur Verfügung stellen, während der „Vorwärts“ sich seinem eigenen Redakteur gegenüber verschloß.

Jedenfalls handelt es sich auch hierbei um ein mißglücktes Manöver einer über ihr Vorgehen un-einigen Gruppe von Genossen, die der Welt durchaus das Schauspiel einer zersplitterten Partei bereiten wollen. Aber wenn dieses Vorgehen auch mißglückt ist, so zeigt es doch, wessen sich die Partei von jener Seite her zu versehen hat.

Angeichts solcher Zuspihung der Gegenseite ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die Gewerkschaften jeder Zersplitterung der Arbeiterbewegung den tatkräftigsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Einheit der Arbeiterbewegung ist ein kostbares Gut, das in langen Kämpfen errungen worden ist und dessen Erhaltung auch für die Gewerkschaften ein Lebensinteresse ist. Mag man in Kreisen gewisser Politiker und Literaten gering-schätzig über die Parteieinheit denken, — die Gewerkschaften wissen, daß sie in derselben ihre eigene Einheit zu schätzen haben und sie werden sie zu schätzen wissen. Sie handeln nach dem Grundsatz: Tua res agitur!

### Vielseitige Verwendbarkeit des Papiers.

Das Papier ist zu gar vielen Dingen nütze, das wissen wir Buchbinder sehr wohl und wird auch im allgemeinen immer mehr anerkannt. Vor kurzer Zeit brachte die „Papierzeitung“ die Abbildung eines Papierformers, der sich bei vielmonatiger Benutzung im Kriege sehr gut bewährt hatte; nur das Niemenzeug an ihm war aus Leder. Zeitungs-papier im Schutze soll die Füße warm halten und auch als „Unterleibung“ wird ihm die Warmhaltung des Körpers nachgerühmt. Zu Windfäden wird es gleichfalls bearbeitet und erfüllt seinen Zweck vortrefflich. Neuerdings hat man auch Versuche mit Kraftwagenreifen aus Papier gemacht, die durchaus

Abchluß der Zahlstellen und Gae.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Einnahmen.

Table with 2 columns: Description (Eintrittsgelder, Beiträge, etc.) and Amount (298,50 M., 88 064,-, etc.)

Table with 2 columns: Description (Am Ort behalten vom 2. Quartal 1915, Guthaben d. Zahlstellen für 4. Qu. 1915) and Amount (27 111,80, 7 440,21)

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description (Arbeitslofenunterstützung, Krankenunterstützung, etc.) and Amount (24 768,60 M., 6 964,65, etc.)

Table with 2 columns: Description (Verluste bei 2 aufgelösten Zahlstellen, Guthaben d. Zahlstellen vom 2. Qu. 1915) and Amount (500,12 M., 6 746,07)

Zur Abrechnung vom 3. Quartal 1915.

Die vorliegende Abrechnung weist einen Stand von 6965 männlichen und 10 960 weiblichen, gleich 17 925 Mitgliedern aus. Gegenüber dem Stand am Ende des 2. Quartals haben wir einen weiteren Abgang von 765 männlichen und 131 weiblichen = 896 Mitgliedern zu verzeichnen. Als zum Jahresbeginn einberufen sind am 30. September 7227 männliche Mitglieder gemeldet worden.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

Table with 3 columns: Beitragsklasse, männl., weibl. (1. Beitragsklasse 54 männl., 878 weibl., etc.)

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des Quartals 766 Berufsangehörige und 7 traten aus anderen Organisationen über. Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Zugänge wie folgt:

a) männliche:

Table with 3 columns: Beitragsklasse, Eintritte und Uebertritte (1. Beitragsklasse 4 Eintritte und -- Uebertritte, etc.)

b) weibliche:

Table with 3 columns: Beitragsklasse, Eintritte und Uebertritte (1. Beitragsklasse 16 Eintritte und -- Uebertritte, etc.)

In Eintrittsgeldern wurden von den männlichen Berufsangehörigen 152,75 M. und von den weiblichen 143,75 M. entrichtet.

In Beiträgen wurden geleistet:

Table with 4 columns: Klasse, Beiträge, à, Summe (1. Klasse 3 065 Beiträge à 20 Pf. = 611,- M., etc.)

Auf die männlichen Mitglieder entfallen 78 908 Beiträge = 57 265,06 M. und auf die weiblichen 97 486 Beiträge = 80 798,95 M.

Main financial table with columns: Laufende Nummer, Name des Ortes bezw. Gaees, Mitgliederzahl am Quartalschluß (männl., weibl.), Summa der Einnahmen (M., Pf.), Summa der Ausgaben einschließlich Eingeliefert (M., Pf.), Eingeliefert an die Verbandskasse (M., Pf.), Am Orte behalten fürs nächste Quartal (M., Pf.), Guthaben fürs nächste Quartal (M., Pf.)

\*) Zahlstellen haben sich aufgelöst. \*) Abrechnung nicht eingelangt. \*) Abrechnung vom 2. und 3. Quartal. \*) Verlust

In Extrabeiträgen wurden 2537 M. geleistet und davon 1274,45 M. an die Verbandskasse abgeführt.

In sonstigen Einnahmen sind 141,72 M. zu verzeichnen.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gae belaufen sich ausschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse auf 89 776,67 M. Gegenüber den Einnahmen des 2. Quartals sind dies 7961,83 M. weniger und gegenüber den Einnahmen des 3. Quartals 1914 sind es 26 410,76 M. weniger.

Von den Ausgaben entfallen auf die Arbeitslofenunterstützung 24 768,60 M. Auf

die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Gesamtsumme in folgender Weise:

Table with 3 columns: Klasse, männl., weibl. (1. Klasse männl. 11,50 M., weibl. 120,50 M., etc.)

Zus. männl. 6 216,45 M., weibl. 18 552,15 M.

Für Krankenunterstützung wurden 6964,65 M. aufgewandt.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich dieser Betrag wie folgt:

vom 3. Quartal 1915.  
der Zahlstellen.

Table with columns: Laufende Nummer, Name des Ortes bzw. Gaus, Mitgliederzahl am Quartals-schluß (männl., weibl.), Summa der Ein-nahmen (Mk., Pf.), Summa der Aus-gaben einschließlich Eingefandt (Mk., Pf.), Ein-gefannt an die Ver-bandskasse (Mk., Pf.), Am Orte behalten fürs nächste Quartal (Mk., Pf.), Guthaben fürs nächste Quartal (Mk., Pf.). Rows list various regions from Düren to München.

durch Unterschlagungen 256,58 Mk. \*) Verlust durch Unterschlagungen 252,54 Mk.

Summary table with 4 columns: Nr., Geschlecht, Anzahl, Betrag. Rows show totals for 1st class men (3047,75), 2nd class (3455,20), 3rd class (897,30), and 4th class (2551,40).

190 Mk. für Lohnbewegungen ohne Streik wurden 246,23 Mk. gebraucht. Für Agitation wurden 534,83 Mk. ausgedandt. Zur Verstärkung örtlicher Ausgaben verblieben den einzelnen Zahlstellen und Gauen 20 209,11 Mk.

An die Verbandskasse wurden 39 400,06 Mark eingefandt und 20 746,51 Mk. verblieben als Vortrag aufs 4. Quartal in den Kassen der einzelnen Orte. Dem Vortrag steht ein Guthaben mehrerer Orte an die Verbandskasse von 7440,21 Mk. gegenüber. In den zwei aufgelösten Zahlstellen Herlohn und Neuwied sind 500,12 Mk. Verluste entstanden durch ungetreue Funktionäre.

Die detailliert wiedergegebene Abrechnung der Verbandskasse weist an Einnahmen

50 801,53 Mk. und an Ausgaben 20 419,68 Mk. aus. Der Bestand der Verbandskasse erhöhte sich damit auf 952 259,76 Mk. Entfallen sind in dem Bestand der Verbandskasse 421 425,70 Mk. Reserven für die Invalidenunterstützung.

Von der Zahlstelle Freiburg i. Brg. war trotz wiederholter Mahnung es nicht möglich, die Abrechnung bereinzubekommen. Die in der Tabelle angegebenen Mitgliederzahlen sind die des 2. Quartals. E. Hauzeisen.

Abrechnung der Verbandskasse.

Table with 2 columns: Item description, Amount (Mk.). Section: Einnahmen. Includes items like 'Eingefandt von den Zahlstellen u. Gauen', 'Für Tarife', 'Wädenttarife', etc. Total: 50 801,53 Mk.

Table with 2 columns: Item description, Amount (Mk.). Section: Ausgaben. Includes items like 'Gehälter der Beamten und Hilfsarbeiter', 'Sitzungsgelder und Entschädigungen', 'Schreib- und Buchmaterial', etc. Total: 20 419,68 Mk.

Table with 2 columns: Item description, Amount (Mk.). Section: Bilanz. Includes 'Kassenbestand am 30. Juni 1915', 'Einnahmen', 'Ausgaben'. Total: 972 679,44 Mk.

Table with 2 columns: Item description, Amount (Mk.). Section: Bilanz. Includes 'Kassenbestand am 30. September 1915', 'Davon Reserven für die Invalidenunterstützung'. Total: 952 259,76 Mk.

E. Hauzeisen, Verbandskassierer.  
Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung sowie der Bücher und Kasse bekräftigen:  
Berlin, den 11. Oktober 1915.  
W. Garber, 2. Vorsitzender.

Die Revisoren:  
Dr. Freudenberg, R. Lohr, Otto Hill,  
M. Schönsfelder.

befriedigend ausgefallen sein sollen. Das ist um so wichtiger, als bekanntlich der Staattschul immer rarer und teurer wird, die Zahl der Kraftwagen aber schnell zunimmt. In dieser Zeit schwerer Kriegsnot, wo die Kartoffel zum wichtigsten Volksnahrungsmittel geworden ist, dürfte es die unbemittelten Volksschichten besonders interessieren, was ein Handlungsgeschäfte der „Papiereitung“ über die Vagerung von Kartoffeln auf Zeitungspapier schreibt:

„Ich halte mir einen Vorrat von etwa 3 Zentnern Kartoffeln, und da mit Zeitungspapier als bewährtes Wärmeschutzmittel bekannt ist, kam ich auf den Gedanken, meinen Kartoffelvorrat durch Aufhängen vor Käse und Temperaturwechsel zu schützen. Ich breite auf die Brettunterlage eine ziemlich dicke Schicht Zeitungspapier, lagere die Kartoffeln hierauf, stecke auch Papier zwischen Wand und Kartoffeln, decke diese dann mit einer ebenso dicken Schicht Zeitungspapier zu, lasse aber an geeigneter Stelle der Luft Zutritt. Da ich nach etwa zweijähriger Erfahrung niemals eine nasse oder faule Kartoffel in meinen Vorräten fand, nehme ich bestimmt an, daß ich dies nur dem Zeitungspapier zu verdanken habe, denn mein Keller ist alles andere als musterhaft.“

**Tempelreinigung.**

Ein Landwehlieb.

Dichter brauchen keine Flammen einzusingen unserm Mut;  
Wie wir flammen müssen, wie wir fröhnen, wissen wir so gut.

Priester brauchen uns auch keine Gottesfurcht zu lehren;  
Jeder lernt im Kampfe gut mit seinem Gott verkehren.

Laßt uns nur! Laßt uns in der Fremde für die Heimat stehen,  
Aber in der Heimat, der wir bluten, sehet Ihr zum Rechten!

Wähet Ihr, wie wir uns manchmal in die Augen sehen;  
Glaubst Du, Bruder, daß in Deutschland solche Schande darf geschehen?

Ruffenräuber schlagen Weib und Kinder lachend tot,  
Keine deutsche Räuber stehen Weib und Kindern lachend Prot.

Kennt Ihr den nicht, der aus seines Vaters heiligem Haus  
Schacherbuben trieb mit Wehlschwüngen aus?

Saget Ihr uns nicht, daß die Heimat auch ein Tempel heiße?  
Wollt Ihr nicht den Tempel reinigen vom Geschmeiße?

Wiebt die Kangel stumm? Will kein Bornlied klingen?  
Wollt Ihr nicht die Geißeln in des Volkes Hände fingen?

Wer aus Volksnot reich wird, hat das Volk verraten!  
Ach, Verräter wähet wir zu richten, wir Soldaten!

Vannstuchzeit ist da, Prediger und Dichter!  
Volksgerechtigstag muß kommen, deutsche Richter!  
Schwören sollt Ihr: Schlagen wir der Feinde letztes Heer entzwei,  
Sei der heiße Leib der Heimat auch vom Auszug frei!

(„Simplicissimus“.) Unteroffizier Arnold Witt.

**Aus unserem Herd.**

**Teuerungszulagen.** Die Firma Emil Wandell, Geschäftsbüchereifabrik in Stuttgart, gewährt ab 1. November folgende Teuerungszulagen: Verheiratete männliche Lohnarbeiter erhalten pro Monat 6 Mk., ledige männliche Lohnarbeiter 3 Mk., verheiratete weibliche Lohnarbeiter 3 Mk., ledige weibliche Lohnarbeiter über 16 Jahre 2 Mk., verheiratete männliche Arbeiter bis zu einem Verdienst von 36 Mk. 4 Mk. Die Teuerungszulage, die die Firma Geiger, Kartonnagenfabrik, ihren Arbeitern gewährt, hat sich verändert. Es erhalten ein verheirateter Arbeiter 3 Mk., zwei verheiratete Arbeiter 2 Mk., drei ledige Arbeiter 1 Mk. je wöchentlich.

Die Geschäftsbüchereifabrik von Edler u. Kriehle in Hannover gibt für ihre im Kriege befindlichen Angestellten und Arbeiter in zwangloser Folge erscheinende „Erlaube Kriegs-Nachrichten“ heraus, denen wir folgendes entnehmen: „Zum fünften Male wurde am 1. Oktober ein Mietszuschuß für die verheirateten Werkangehörigen, die sich unter der Fahne befinden, ausbezahlt und nehmen an

dieser Wohltat nunmehr 55 Familien teil. Außerdem kam Ende Oktober eine einmalige Teuerungszulage zwecks Beschaffung von Wintervorräten zur Verteilung, womit 105 selbständige Haushaltungen unterstützt werden konnten.“

**Auszeichnungen.**

Durch Verteilung des Eisernen Kreuzes wurden ausgezeichnet die Kollegen Arno Bohse, der auch zum Unteroffizier befördert wurde, Alwin Lepz, der jetzt leider schwer verwundet daneben liegt, und Richard Duhe, die alle drei Mitglied der Zahlstelle Ludenwalde sind.

Weiter erhielten das Eiserne Kreuz der als Sanitätsunteroffizier im Felde stehende Kollege Alfred Thomas, zuletzt Mitglied der Zahlstelle Halle a. S., und die Kollegen Wilhelm Witzly und Max Weller, zuletzt Mitglieder in Stuttgart.

Der Kollege Hans Renner, Mitglied der Zahlstelle Nürnberg-Fürth, erhielt für die unter schwerer Lebensgefahr erfolgte Rettung einer in Verlust gegangenen Fahne das Bayerische Verdienstkreuz 2. Klasse, das Eiserne Kreuz 2. Klasse und außerdem einen größeren Geldbetrag.

**Rundschau.**

**Wochenchau.** Nach der in den letzten Tagen erfolgten Einnahme von Monastir ist nur noch ein sehr geringer Rest Serbiens von dessen Truppen besetzt. Und diese sind, trotz ihrer Tapferkeit, in einem Zustande, der einen guten Gefechtswert nicht mehr besitzt. Das ist nach den fortgeschrittenen Niederlagen und Rückzügen und bei dem Verzugsein, den heimatlichen Vorden nun bald ganz verlassen zu müssen, nicht verwunderlich. Und dann die trübsten Aussichten für die nächste Zukunft! Die Artillerie fast ganz verloren — erst in den letzten Tagen erbeuteten die Bulgaren weitere 100 Geschütze nebst vielem anderen Kriegsmaterial —, vor sich ein unwirkliches, wegeleeres und feindlich gesinntes Albanien und die Verfolger unangeseht im Rücken. Wer weiß, wie viele das Adriatische Meer erreichen werden, um dann — als Soldner in das italienische oder englische Heer eingereicht zu werden und sich für fremde Interessen schlagen zu müssen. Denn die rhetorischen Arafstellungen in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens „zur Befreiung des heroischen Serbiens“ sind natürlich wertlose Bettelsuppen für die Serben. Wollte man ihnen wirklich zu Hilfe kommen, dann müßte man sich eher aufstellen.

Bulgarische und österreichische Truppen sind schon in Montenegro eingebrochen und verfolgen flüchtende Serben und ähe ihr Land verteidigende Montenegriener. Die Lage der Franzosen und Engländer in Saloniki ist zu allem eher geeignet, als den Serben und Montenegrienern Hilfe zu bringen. Italien scheut sich, dies heiße Eisen anzufassen. Griechenland wird bald vor die Alternative gestellt sein, ob es weiter seine Neutralität durch Engländer und Franzosen verleben lassen oder den Einmarsch bulgarischer und deutsch-österreichischer Kräfte in sein Land auf sich ziehen will. Denn daß der Vierbund nicht den Vierverband frei in Griechenland als Operationsbasis gegen sich schalten lassen kann, ist selbstverständlich.

An der Ost- und Westfront spielten sich keine Ereignisse von Belang ab. Der neue französische Kriegsminister Gallieni stellte eine große Offensive für das nächste Frühjahr in Aussicht, wofür wahrscheinlich die nächstjährigen mit herangezogen werden sollen, die durch ein besonderes Gesetz zum Seeresdienst zur Verfügung gestellt wurden. Vielleicht hätte ein solches Gesetz dem heftigsten Widerstand im französischen Volke erfahren, wenn es nicht fortgesetzt absichtlich über die militärische Lage im Unklaren gehalten und ihm weigmacht würde, Deutschland wäre am Ende seiner Kraft angelangt und befunde deswegen Friedenssehnsucht.

Der gleichen Täuschung ihres Volkes machten sich im italienischen Parlament die italienischen Minister schuldig und die große Mehrheit der Abgeordneten stimmte ihnen zu. Nur die sogenannten offiziellen Sozialisten — die unabhängigen Sozialisten sind die schlimmsten Kriegstreiber — erklärten furchtlos, daß von all den schönen Prophezeiungen, wonach Italiens Eingreifen in den Krieg eine schnelle, siegreiche Wendigung desselben herbeiführen würde, nichts eingetroffen sei, im Gegenteil wären die Zentralmächte und ihre Verbündeten überall diejenigen, die das Gesetz des Krieges diktieren.

Die Niederlage der Engländer bei Bagdad scheint viel schwerer gewesen zu sein, als man zuerst messen konnte. Sie sollen viele Tote und gegen 3000 Verwundete gehabt und viele Gefangene in türkischen Händen gelassen haben. Ihr Rückzug artete in panische Flucht aus. Zwei ihrer Flugmonitore fielen in türkische Hände. Damit fällt die Antündigung Aquittis im englischen Parlament von der bevorstehenden Einnahme Bagdads in sich zusammen.

Mit Spannung wird der Interpellation der Sozialdemokraten im deutschen Reichstag betreffs der Friedensziele und der Antwort des Reichskanzlers entgegengesehen.

**Erhöhung des städtischen Zuschusses für Arbeitslose in Stuttgart.** Die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts haben, gestützt auf die Erlasse des Ministeriums des Innern, der Königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel und der Versicherungsanstalt Württemberg, ein Gesuch bei der Stadterwaltung eingereicht, in dem eine erhebliche Erhöhung des seitberigen städtischen Zuschusses für Arbeitslose gewünscht wird. Seither wurden gewährt für Ledige 1 Mk., Verheiratete bis mit einem Kind 1.40 Mk., Verheiratete mit zwei und drei Kindern 1.80 Mk. und mit vier und mehr Kindern 2.80 Mk. täglich. Bedingung war, daß die Arbeitslosen ein Jahr in Stuttgart wohnen. Etwasige sonstige Unterstühtungen, also auch die Unterstühtungen der Gewerkschaften, wurden nicht in Anrechnung gebracht.

Die bürgerlichen Kollegien haben dem Gesuch stattgegeben. Die Tagesätze werden wesentlich erhöht. Und zwar erhalten Ledige 1.60 Mk. (gemeint sind stets männliche und weibliche), Verheiratete ohne Kinder 3 Mk., Verheiratete mit 1 bis 2 Kindern 3.80 Mk., mit 3 bis 4 Kindern 4.20 Mk., mit 5 bis 6 Kindern 4.80 Mk. und mit 7 und mehr Kindern 5.40 Mk. täglich. Die Unterstühtung kann in Zukunft schon bekommen, wer mindestens 3 Monate in Stuttgart wohnt. Auch in Zukunft wird eine Kürzung dieser Sätze durch Einrechnung sonstiger Unterstühtungen nicht vorgenommen. Die Unterstühtungen erhalten auch solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch Mangel an Arbeit nur einige Tage in der Woche beschäftigt sind, die anderen Tage aber aussetzen müssen. Ihre Unterstühtung soll aber um drei Viertel des restlichen Verdienstes gekürzt werden. Die neuen erhöhten Sätze treten mit dem 1. Dezember 1915 in Kraft. Die Regelung erstreckt sich auf die Dauer des Krieges. Die Mehrbelastung der Stadt durch diese Ausdehnung ist keine erhebliche, da die Versicherungsanstalt Württemberg 40 Proz. übernimmt, aus Reichsmitteln weitere 40 Proz., bei den Leiharbeitern sogar 60 Proz. wieder erstattet werden.

**Zum Parteikonflikt in Württemberg.** Gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes und seine Stellungnahme im württembergischen Parteikonflikt hatten die alte Ortsvereinsleitung in Stuttgart und die alte Kreisvereinsleitung in Göppingen Beschwerde bei der Kontrollkommission erhoben. Diese hat nunmehr über die Beschwerden entschieden und sie als unbegründet zurückgewiesen.

Die Entscheidung der Kontrollkommission ist um deswegen bemerkenswert, weil in letzterer die Richtung Haase-Kautsky stark vertreten ist. Trotzdem eine Zurückweisung der württembergischen Eigenbröder, die aber dessenungeachtet von Kautsky in der „Neuen Zeit“ als die verfochtene Unschuld hingestellt werden, gegen die man „nicht einmal vor einem brutalen Staatsreich sich scheut“. So sollte eigentlich nicht das wissenschaftliche Organ der Partei schreiben, wenn es seiner Aufgabe gerecht werden und nicht bloß ein Organ von Eigenbröckeln sein will.

**A. C. Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.** Der Krieg darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen Deutschland und Frankreich die wirtschaftlichen Gegensätze recht minimal sind, daß nur eine unglückliche, aus politischen Motiven sich erklärende Handelspolitik den wirtschaftlichen Verkehr zwischen beiden Ländern stark beeinträchtigt hat. Trotz der für den Handelsverkehr beider Länder ungünstigen Handels- und Zollpolitik entwickelte sich der Warenverkehr zwischen Frankreich und Deutschland im Laufe der letzten 45 Jahre günstiger als zwischen Frankreich und den meisten anderen großen staatlichen Wirtschaftsgebieten. Nach der französischen Statistik betrug in Millionen Frank die Einfuhr Frankreichs aus und die Ausfuhr nach Deutschland:

	1860	1913	Einfuhr	Ausfuhr
	255,7	305,0		
	1074,3	869,5		
Die Einfuhr ist in dieser Zeit um 818,6, die Ausfuhr um 564,5 Millionen Frank gewachsen. Betrachtet man demgegenüber den Verkehr mit einigen anderen wichtigen Wirtschaftsgebieten, so stellte sich in der nämlichen Zeit die Entwicklung von Ein- und Ausfuhr wie folgt in Millionen Frank:				
	1869	1913	1869	1913
England	551,3	1134,1	909,6	1446,6
Oesterreich-Ungarn	48,2	102,0	15,0	43,7
Belgien	315,8	570,2	295,0	1119,2
Der Staaten v. Amerika	174,5	870,7	192,9	420,8
Spanien	103,6	286,4	98,7	151,3
Italien	321,0	238,1	230,2	306,2
Österreich	102,8	461,9	30,6	85,4
Schweiz	133,0	138,4	261,3	394,8

Trotz der starken Hemmungen, die den Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich beeinträchtigen mußten, hat sich eben doch das Austauschverhältnis, das aus der wirtschaftlichen Verwandtschaft und Ergänzung resultiert, mit solcher Macht durchgesetzt, daß nur im Verkehr mit Belgien die Industrie stärker als im Verkehr mit Deutschland gestiegen ist. Im Verkehr mit Großbritannien ist die Steigerung beim Import und Export keineswegs so groß gewesen wie im Verkehr mit Deutschland. England behauptet zwar noch immer die erste Stelle in der Ein- und Ausfuhr, aber der Abstand zwischen ihm und Deutschland ist gewaltig zurückgegangen. Das Verhältnis wäre für Deutschland noch günstiger, wenn man nicht in Frankreich die Meistbegünstigungsklausel so anzuwenden verstanden hätte, daß sie den deutsch-französischen Verkehr nach Möglichkeit beeinträchtigen und in seiner Entfaltung hemmen mußte. Großbritannien und anderen Ländern gegenüber wurde dagegen der Verkehr mit Frankreich um so mehr erleichtert, je mehr er mit Deutschland erschwert wurde.

**Gemeinsame Lohnforderungen der Bergarbeiter.** Die vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen haben kürzlich sich dahin geeinigt, eine allgemeine Lohnhöhung von zehn bis zwanzig Prozent, in Anbetracht der argen Feuerungsverhältnisse und mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Betriebsgewinne, zu fordern. In besonderen Eingaben an die Organisation der Werksbesitzer in Rheinland-Westfalen, Ruhrgebiet bei Aachen und an die oberste preussische Bergwerksverwaltung für das Saargebiet und die westfälischen Staatsgruben ist die geplante Lohnhöhung beantragt und begründet worden.

Auch die im obersteichischen Steinkohlenrevier vertretenen Bergarbeiterverbände aller Richtungen sind mit einer schriftlichen Lohneingabe bei den Bergwerksverwaltungen vorstellig geworden. Unter Hinweis auf den guten Geschäftsgang der Kohlenindustrie und auf die Teuerung ersuchen sie um eine Erhöhung des Lohnes für alle auf den Bergwerken beschäftigten Arbeiter, ohne Unterschied der Berufsgruppen. Dessenungeachtet zeigen sich die maßgebenden Kreise entgegenkommend, so daß künftig Konflikte zwischen Arbeiter und Unternehmer, wie sie in letzter Zeit in diesem Revier wiederholt vorgekommen sind, vermieden werden.

**Konsumgenossenschaften, Wädelarbeiter und Nachtarbeit.** Auf Veranlassung und unter Anteilnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat zwischen Vertretern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und des Zentralverbandes der Wädel- und Konditoreien eine Aussprache wegen der in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und der „Wädel- und Konditoren-Zeitung“ geführten Polemik betreffend Stellungnahme des Vertreters des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zum Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Wädelereien und Konditoreien stattgefunden.

Die Aussprache ergab, daß sachliche Differenzen kaum bestehen und daß deshalb keine Veranlassung zur Fortsetzung der Polemik vorliegt. Ueber die hohe sozialpolitische Bedeutung des Verbots der Nachtarbeit bestand keine Meinungsverschiedenheit.

**Das „Reichs-Arbeitsblatt“ über die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften im Krieg.** In den Anrn. 9 und 10 des „Reichs-Arbeitsblatts“ wird ein Artikel über die Konsumvereine während des Krieges veröffentlicht. Der Artikel behandelt in sehr sachverständiger Weise die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die wirtschaftliche Mobilisierung des deutschen Volkes und gibt zum Schluß eine Anzahl Entschuldigungen von Konsumgenossenschaftsverbänden wieder, in denen zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Konsumgenossenschaften alle Maßnahmen unterstützen würden, die das wirtschaftliche Durchhalten zu fördern geeignet sind. Im Anschluß hieran bemerkt der Berichtsfasser des amtlichen Organes:

„Wie der vorstehende Uebersicht zeigt, haben die deutschen Konsumvereine es nicht bei derartigen Versprechungen bewenden lassen, sondern sie haben sich nach Kräften bemüht, die Worte in Taten umzusetzen. Sie haben dadurch wesentlich zur Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens während des Krieges beigetragen.“

Das ist ein Urteil, welches die Konsumgenossenschaftsbewegung mit Befriedigung registrieren kann.

**Bauer und Arbeiter.** Unter dieser Ueberschrift bringt die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (W.-Glabach) in ihrer jüngsten Nummer (44) aus der Feder eines Anparteilichen, wie sie schreibt, eine Betrachtung, die in mehrfacher Hinsicht unser Interesse beanspruchen darf. Es wird zunächst dargelegt, daß der Landwirt gegenüber dem zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter, Gewerbetreibenden usw., der am wenigsten Benachteiligte ist, daß durch Krieg alle Leiden und mit Ausnahme verhältnismäßig weniger

jeder Verluste habe, der bäuerliche Produzent also auch keinen Anspruch auf Schonung habe, geschweige denn auf höheren Gewinn. Dann schreibt der Anparteiliche weiter:

„Die Industriearbeiter hatten ein Anrecht darauf, auch während eines Krieges auskömmlich mit Lebensmitteln versorgt zu werden. Denn früher wurde immer gesagt, daß die landwirtschaftlichen Schutzzölle hauptsächlich auch deshalb nötig wären, um die Sicherstellung der Volksernährung auch für die Kriegszeit zu gewährleisten. Diese Zuversicht war für die Industriearbeiter mit ausschlaggebend, um die landwirtschaftlichen Schutzzölle zu bewilligen und während der Friedensjahre zu tragen. Früher wurde von landwirtschaftlicher Seite immer behauptet: Wir haben die ausländische Lebensmittelfuhr nicht nötig, wir produzieren selbst genug, die Schutzzölle verteuern die landwirtschaftlichen Produkte nicht. Sonderbar erscheint es dagegen heute, wenn von denselben landwirtschaftlichen Kreisen gesagt wird: Die Teuerung ist ganz natürlich durch den Kriegszustand zu erklären, sie rührt hauptsächlich daher, weil die ausländische Zufuhr geipert ist. Damit haben die Landwirte selbst zugegeben, wie unentbehrlich die ausländische Zufuhr ist, und zwar ist zu sagen: Je höher die Preise während der Sperung der Grenzen steigen, um so mehr wird die Notwendigkeit der ausländischen Zufuhr erwiesen. Ferner haben die Landwirte zu bedenken: Je höher die Lebensmittelpreise sind, desto höher müssen auch die Produktionskosten in der Industrie werden, und desto höher haben schließlich auch die Landwirte ihre industriellen Bedarfartikeln (Eisen, Maschinen, Kohlen, Fertilmitteln) zu bezahlen.“

Damals, als die Landwirtschaft sich in einer Notlage befand und nach Schutzzöllen verlangte, waren es die Organe der Arbeiter, welche ihre Standesangehörigen über die Schwierigkeiten, mit welchen die Landwirtschaft zu rechnen hatte, aufklärten und überall dazu aufforderten, den Landwirten in dieser Notlage zu helfen. Heute befinden sich die Arbeiter in einer schlimmen Lage. Wo aber findet sich heute ein landwirtschaftliches Organ, welches die Landwirte in gerader Weise auflärt über die schwierige Lage des Arbeiterstandes und die Landwirte zur Rücksichtnahme und zum Entgegenkommen ermahnt!

Die Darstellung in dem Blatte der katholischen Arbeitervereine geht fehl, wenn sie sagt, „die Industriearbeiter“ seien für die Schutzzölle eingetreten und „die Organe der Arbeiter“ hätten aufgefordert, den Landwirten durch Zölle zu helfen; denn das haben ganz allein die Organe der sogenannten christlich-nationalen Richtung getan. Der Dank, den sie dafür heute von der Seite der damals Begünstigten „ernten“, ist genau so ausgefallen, wie wir damals vorausgesehen und vorausgesagt haben. Die christlich-nationalen Arbeiter sind die Geflüchteten.

**Die zwölf größten Seehäfen der Welt.** Das amerikanische „Bureau of Foreign and Domestic Commerce“ hat in der neuesten Ausgabe des statistischen Jahrbuches „The World 1913“ eine Tabelle über die Reihenfolge der zwölf größten Seehäfen der Welt aufgestellt, die nach der „Deutschen Industriellen Korrespondenz“ folgende Biffern enthält:

Hafenplatz	Jahr	Eng. T.	Ausg. T.
New York	1912	13 600 000	13 500 000
Antwerpen	1911	13 800 000	13 500 000
London	1911	11 900 000	9 000 000
Samburg	1911	11 800 000	11 900 000
Rotterdam	1911	11 100 000	10 800 000
Hongkong	1910	10 500 000	10 500 000
Schanghai	1911	9 100 000	9 400 000
Marseille	1910	8 100 000	8 100 000
Liverpool	1911	7 800 000	8 800 000
Singapore	1910	7 300 000	7 400 000
Colombo	1911	7 100 000	7 100 000
Cardiff	1911	5 500 000	8 300 000

Demnach sind zurzeit New York und Antwerpen die beiden größten Hafenplätze der Welt, London und Hamburg folgen erst an dritter bzw. vierter Stelle.

**Wie das neue Munitionsgesetz gegen die Arbeiter wirkt,** schildert der „New Statesman“ vom 13. November: „Der Munitions-Gerichtshof lehnt die Verprechung von Löhnen, Arbeitsstunden, Anstellungsbedingungen ab, seine Rechtsprechung, meint er, betrifft nur das Durchsehen dessen, was der Arbeitgeber will! So ist es zum Vergehen geworden, wenn der Arbeiter, nachdem er seine kontraktlich festgelegte Zeit durchgearbeitet hat, es ablehnt, Ueberstunden, einschließlich Nachtarbeit und Sonntagsarbeit, zu übernehmen, ob ihm eine Extrazulage bezahlt wird oder nicht. Ein Arbeiter darf, auch nicht nach rechtmäßiger Kündigung, seine Arbeit nicht einmal durch Uebergang von einer zur anderen Munitionsfabrik wechseln, um höheren Lohn zu erlangen, — wie gering auch immer der ihm bezahlte sein mag. Aber der Mangel an

„Gegenseitigkeit“ in der Art der Handhabung der Gesetze ist das, was die Arbeiter am meisten übelnehmen. Der Arbeitgeber darf ganz willkürlich Vorschriften machen, die ihm genehm sind und sie von Zeit zu Zeit ändern, ohne Zustimmung des Arbeiters; nicht nur die grundlegenden Vorschriften, wie sie im Munitionsgesetz in einer unnötigerweise herrischen und rücksichtsloser Fassung, wie sie die Arbeiter nicht gemohnt sind niedergelegt sind, sondern überhaupt jede Vorschrift, die der einzelne Arbeitgeber aufstellen und durch Geldstrafen durchzusetzen beliebt (ein Arbeiter wurde auf vier Wochen „suspendiert“, verlor also einen Monat Lohn, durfte jedoch die Stellung nicht verlassen). Es ist tatsächlich behauptet worden, daß, wenn auch der Arbeiter ohne Einwilligung des Arbeitgebers seine Stelle nicht verlassen darf, dieser trotzdem nicht verpflichtet ist, ihm Arbeit oder Verdienst zu geben. Es kommt dauernd Fälle vor, wo Arbeiter gebeten werden, „zuzusehen“ („stand by“), weil gerade keine Materialien da sind oder es keine Tätigkeit für sie gibt. Auf diese Art verlieren sie Stunden, manchmal ganze Tage, gelegentlich sogar mehrere Wochen und verdienen nichts (obwohl sie wissen, daß andere Firmen dringend ihre Arbeit benötigen und höhere Löhne zahlen würden), der Arbeitgeber gibt ihnen aber den Entlassungsschein nicht, ohne den kein anderer Unternehmer ihnen Beschäftigung geben darf. Täglich kommen vor den Munitionsgerichtshof ein Dutzend Fälle, in denen der Unternehmer das Entlassungszeugnis verweigert hat, und in der Hälfte der Fälle wird es als unrecht erklärt. Aber selbst wenn der Arbeiter den Prozeß gewinnt, hat er keinen Schadenersatz dafür, daß die Entlassung ihm nicht gewährt wurde.“

**Flieger und ihr Nutzen\*).** Der Flieger ist am besten der Kavalleriepatrouille vergleichbar. Beide verlieren Einblick in feindliche Stellungen, Aufmärsche, Truppenbewegungen zu erlangen. Der Flieger ist eigentlich nicht für den Kampf bestimmt. Die Rücksicht auf sein Gewicht erlaubt ihm nur in Ausnahmefällen — bei den sogenannten Kampfflugzeugen —, sich mit wirksameren Waffen zu versehen als mit Gewehren, leichten Bomben und Fliegerpfeilen. Sie sollen nur sehen, photographieren, aufklären. Unter Aufklärung ist aber nicht allein die strategische zu verstehen. Als solche bezeichnet man die Erkundung großer Truppenbewegungen, wichtige Truppenverhebungen und dergleichen. Häufiger sogar sind die Fliegeraufklärungen taktischer Art. Es gilt Stellungen des Gegners aufzusuchen, einzuziehen oder auf die Platte zu bringen. Auch der Schießtechnist müssen die Piloten den Standort einer feindlichen Batterie dadurch der eigenen an, daß sie genau über jener Bomben abwerfen, die eine lange Reichweite in der Luft hinterlassen. Ueber eine neue Art der Orientierung und der Verhängung zwischen dem Flieger und der Erde sei noch berichtet. Die Vorteile dieser neuen Nachrichtenübermittlung liegen darin, daß sie nicht vom intensiven Sonnenlicht überstrahlt und dadurch unsichtbar gemacht werden kann. Es ist Prof. Dr. Donath gelungen, einen nicht zu großen Signalfleugel herzustellen, der durch ungeborene Temperaturerhöhung eines Glühlampenfadens eine außerordentliche Helligkeit erzeugt. Ein kleines Ostramglühlämpchen, das wegen seines Fadens, der auf möglichst engem Raum zusammengedrängt ist, beim Leuchten eine Temperatur von 3000 Grad Celsius erzeugt, befißt infolgedessen eine Spiegelhelligkeit von etwa 10 000 Kerzen bei mäßigem Aufwand an Kraft. Letztere wird von einer Akkumulatorenbatterie mit sieben Zellen hergebracht, die besonders dafür hergestellt wurde. Das Gewicht des Apparates, das, wie wir schon andeuteten, für den Flieger sehr wichtig ist, beträgt nur 5 Kilo. Die Station auf der Erde macht sich durch weiße Lichtstrahlen auf dem Boden und selbstartig aufgespannte Streifen dem Flieger weißlich bemerkbar. Dieser diuert darauf hin, ruft durch längeres oder kürzeres Drücken auf den Knopf längere oder kürzere Lichtblitze hervor, die nach dem Morse-system Buchstaben und Worte bedeuten. Auf der Erde werden sie mit Hilfe von guten Ferngläsern bis zu 10 Kilometern Entfernung abgelesen. Auch können umgekehrt von der Erde zum Flieger Morsezeichen auf nämlche Art gegeben werden. Die Zeichen erscheinend dem Ablesenden wie ein losgelöstes, aufblühendes und verglimmendes Sonnenflämmchen. Daß durch diese Erfindung der Nutzen unserer Flieger bedeutend erhöht wird, dürfte begreiflich sein.

\*) Aus der „Illustrierten Geschichte des Weltkrieges 1914/15“ (Verlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, Berlin, Leipzig, Wien), von welcher bereits 55 Hefte vorliegen. Preis jedes reich illustrierten, mindestens 20 Seiten umfassenden Heftes 25 Pf.

**Adressenänderungen.**

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter.

K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsausgeber).

Gau 3: B. O. Wilde, Stettin-Gradow, Lange-  
straße 31, S. III.**Arbeitsmarkt.****Verlangt werden:**Alle Anträge wegen offener Stellen sind nur an die  
Bevollmächtigten der bezeichneten Orte zu richten, soweit  
nichts anderes besonders angegeben ist.)Düsseldorf. (B. Wink, Karlsstr. 134, II.)  
Mehrere Buchbinder.**Literarisches.**Erinnerungen aus meinen Kindheits- und Mäd-  
chenjahren, aus der Agitation und anderem. Von  
Adelheid Pöpp. Preis gebunden 1 Mk. Verlag  
Dieb, Stuttgart.Frau Adelheid Pöpp, unsere bekannte Wiener  
Genossin, gibt in ihren Erinnerungen ein sich immer  
festes gestaltendes Bild aus dem Leben des Pro-  
letariats. Sie schildert in herzergründender Weise  
das Elend, unter dem die Kinder des arbeitenden  
Volkes heranwachsen, um, kaum die Kinderschuhe  
ausgezogen, einzutreten in den Bann des Kapitalis-  
mus, ohne Aussicht, in unserer heutigen Gesellschaft  
jemals zu einer Stufe emporsteigen zu können, die  
das Leben auch lebenswert macht.Das Buch begnügt sich aber nicht mit den düste-  
ren Schilderungen der wirklichen Welt, es zeigt auch  
den Weg, auf dem die Frauen durch eigene Kraft die  
Erlösung aus ihrem gedrückten Zustand finden  
können, der ihnen den Aufstieg zu einer besseren,  
menschwürdigen Zukunft ermöglicht. Es ist daher  
unseren Kolleginnen sehr zu empfehlen. Leider ist der  
Einband sehr geschmacklos, ein Fehler, der leider oft  
von Parteiverlagen gemacht wird. Der Wunsch: die  
Kunst dem Volke, sollte sich auf die Bücher er-  
strecken.**Anzeigen****Gau II.****Todes-Anzeige.**Am 25. November verstarb in Danzig nach  
kurzem Leiden unser Kollege**Alfred Drenkel**

im Alter von 25 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken  
bewahren. **Die Gauverwaltung.****Zahlstelle Reutlingen.**Am 16. November verschied plötzlich unser  
treuer Kollege**Gottfried Krauter**

infolge einer Lungenblutung.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken be-  
wahren! **Der Vorstand.**Lieferung ganzer Einrichtungen  
für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
**O.Th. Winckler, Leipzig****Ehren-Tafel**

für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

**Leipziger Mitglieder.**Am 28. August fiel bei Grodno in Rußland  
unser Kollege**Georg Voigt**geboren am 4. März 1890 in Leipzig, eingetreten  
in unsern Verband am 20. Januar 1908 in Leipzig.

Am 8. Oktober fiel in Rußland unser Kollege

**Walter Fischer**geboren am 19. Mai 1886 in Grimma, eingetreten  
in unsern Verband am 20. August 1904 in Leipzig.

Am 8. Oktober fiel in Frankreich unser Kollege

**Karl Dielitzsch**geboren am 18. Januar 1884 in Leipzig, ein-  
getreten in unsern Verband am 21. September 1908  
in Berlin.

Am 22. September fiel bei Ptern unser Kollege

**Benno Gebhardt**geb. am 22. Mai 1898 in Leipzig, eingetreten in  
unsern Verband am 27. November 1909 in Leipzig.Auf dem westlichen Kriegsschauplatz fiel unser  
Kollege**Max Zschorn**geboren am 2. August 1879 in Löbnitz, eingetreten  
in unsern Verband am 13. August 1911 in Leipzig.Am 25. September fiel auf dem westlichen  
Kriegsschauplatz unser Kollege**Paul Schreyer**geboren am 8. März 1886 in Leipzig, eingetreten  
in unsern Verband am 28. April 1904 in Leipzig.

In Rußland fiel unser Kollege

**Hermann Rudolf**geboren am 8. August 1891 in Leipzig, eingetreten  
in unsern Verband am 16. April 1910 in Leipzig.

Im Lazarett zu Leiznig starb unser Kollege

**Richard Scheffler**geboren am 18. September 1896 in Leipzig, ein-  
getreten in unsern Verband am 24. Mai 1913 in  
Leipzig.

Am 6. November fiel in Frankreich unser Kollege

**August Bäuerle**geboren am 18. Februar 1887 in Bitterfeld, ein-  
getreten in unsern Verband am 19. März 1907 in  
Leipzig.Am 28. November starb in einem Lazarett in  
Berlin unser Kollege**Karl Meißner**geboren am 27. Februar 1892 in Leipzig, ein-  
getreten in unsern Verband am 26. April 1909  
in Leipzig.Im September d. J. fiel unser Kollege,  
Kriegsfreiwilliger**Franz Schreiber**geb. am 14. Juli 1897 in Eggersheim (Pfalz),  
eingetreten in unsern Verband am 1. Juli 1913  
und zuletzt Mitglied in Mannheim-Lud-  
wigshafen.Am 23. September 1915 starb im Feld-  
lazarett Longelbach bei Colmar im Elsaß unser  
Kollege**Wilhelm König**geboren am 17. August 1895 in Mandernach  
(Luxemburg), eingetreten in unsern Verband  
am 21. Juli 1912 und zuletzt Mitglied in  
Mannheim-Ludwigshafen.

Im November fiel in Rußland unser Kollege

**Konrad Schulz**geb. am 30. Dezember 1888 in Frielendorf,  
eingetreten in unsern Verband am 18. September  
1912 und zuletzt Mitglied in Düsseldorf.Am 10. Oktober fiel in einem Gefecht bei  
Givensh in Frankreich unser Kollege**Willi Dollmer**geboren am 22. November 1891 in Frohau-  
Annaberg, eingetreten in unsern Verband am  
11. September 1909, zuletzt Mitglied der Zahl-  
stelle Chemnitz.

Am 8. Oktober fiel bei Reims unser Kollege

**Karl Wirsing**geboren am 25. Juni 1885 in Ludentwalde, ein-  
getreten in den Verband am 14. März 1904 und  
zuletzt Mitglied ebenfalls in Ludentwalde.Am 26. September fiel bei Ronty in Rußland  
unser Kollege**Franz Lenz**geboren am 30. Juli 1880 in Stettin, eingetreten  
am 8. September 1900 und zuletzt Mitglied in  
Ludentwalde.Am 31. Oktober starb im Lazarett in Culin  
an den Folgen einer schweren Verletzung, die er  
am 11. Oktober in Rußland erlitten hat, unser  
Kollege**Ferdinand Hadrbolec**geboren am 6. November 1881 in Braunschweig,  
eingetreten am 4. Mai 1912 und zuletzt Mitglied  
ebenfalls in Braunschweig.Am 1. November starb in einem Feldlazarett  
in Serbien an seinen schweren Verwundungen  
unser Kollege**Hermann Teschner**geboren am 30. November 1889 in Hannover,  
eingetreten in unsern Verband am 13. Febr. 1909  
und zuletzt Mitglied ebenfalls in Hannover.Infolge eines Brustschusses starb im Osten  
unser Kollege**Georg Goldberg**geboren am 10. Februar 1893 in Potsdam, ein-  
getreten in unsern Verband am 8. Juni 1912 und  
zuletzt Mitglied ebenfalls in Potsdam.**Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands  
ein ehrendes Andenken!**